

BUNDESAMT FUER  
AUSSENWIRTSCHAFT/EVD

BUNDESAMT FUER  
ENERGIEWIRTSCHAFT/EVED

Bern, 7. November 1984

Arbeitssitzung mit Frau Helga Steeg,  
Exekutivdirektorin der IEA,  
Freitag, 19. Oktober 1984, 10.00 Uhr

---

P R O T O K O L L

Teilnehmer:

IEA	- Frau Helga Steeg - Herr Eric Melby
BAWI/EVD	- Herr Botschafter B. von Tscharner (Vorsitz) - Herr K.B. Eichenberger - Frl. M. Engler (Protokoll)
BEW/EVED	- Herr Direktor E. Kiener - Herr Ch. Favre - Herr H.L. Schmid - Frau S. Forster (Protokoll)
BWL/EVD	- Herr W. Flachs, Delegierter - Herr P. Oberson
FWD/EDA	- Herr Minister J. Faillettaz - Herr P. Fivat
BBW/EDI	- Herr P.-E. Zinsli
CH-Delegation OECD, Paris	- Herr Botschafter J. Zwahlen - Herr O. Knapp
CARBURA	- Herr W. Loepfe

Botschafter von Tscharner heisst Frau Steeg willkommen und dankt ihr im Namen der Bundesbehörden dafür, dass sie so kurze Zeit nach ihrem Amtsantritt den Weg nach Bern gefunden hat.

- 2 -

Frau Steeg ist mit dem folgenden Aufbau der Sitzung einverstanden :

- drei Kurzreferate (mit gleichzeitiger Diskussion) über
- die Energie-Szene Schweiz nach der Volksabstimmung vom 22./23.9.84 (Direktor Kiener)
- das schweizerische Instrumentarium der wirtschaftlichen Landesversorgung unter spezieller Berücksichtigung des Energiebereichs (W. Flachs, Delegierter)
- das Verhältnis Schweiz - IEA (Botschafter von Tschärner)

Direktor Kiener referiert über die energiepolitische Lage in der Schweiz nach der Ablehnung der Volksinitiativen "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" und "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke". Eine Annahme dieser Initiative hätte zu einer Einschränkung des versorgungspolitischen Spielraums (zeitlich begrenzte Rolle der Kernenergie) und zugleich zu über die politischen Absichten der Regierung hinausreichenden Lenkungen des Bundes geführt. Andererseits fehlt weiterhin eine Verfassungsgrundlage für eine ausgewogene, koordinierte Energiepolitik. Im Augenblick scheint eine Neuauflage nicht geboten. Der Bundesrat hat deshalb schon 1983 beschlossen, die bestehenden Kompetenzen in energierelevanten Bereichen (Umweltschutz, Konsumentenschutz, Forschung etc.) zu nutzen. Die gegenwärtige Situation ist jedoch unbefriedigend und nicht problemadäquat; trotz momentan entspannter Versorgungslage gilt es, die Struktur der Energieversorgung umzugestalten, wovon viele z.T. langfristige Anstrengungen nötig sind, z.B. auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung neuer Technologien und Techniken und bezüglich des Verhaltens der Konsumenten.

Unter diesen Umständen soll nun vorerst die Zusammenarbeit Bund/Kantone verstärkt und ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz erarbeitet werden. In der bestehenden und neu auszuarbeitenden, nicht-energiespezifischen Gesetzgebung sollen energierelevante Aspekte mitberücksichtigt werden.

Angestrebtes Ziel ist dabei die Verwirklichung einer ausgewogenen und wirksamen Energiepolitik mit Schwergewicht beim Sparen. Nach 1 - 2 Jahren sollen dann die Resultate dieser Bemühungen im Hinblick auf die Notwendigkeit eines neuen Anlaufs zur Schaffung eines Energieartikels überprüft werden.

Frau Steeg schneidet zu Bestandesaufnahme und Ausblick über die offizielle schweizerische Energieszene den folgenden Problemkreis an: Wie ist die Zusammenarbeit Bund/Kantone, speziell bei der Forschung und ihrer Finanzierung, festgelegt und wie funktioniert sie ? Wie wird dabei die Bedeutung von Subventionen und freiem Wettbewerb eingeschätzt ?

Herr Kiener erläutert die Struktur der Institutionen und der Kompetenzverteilung in der schweizerischen Forschung : die Forschung des Bundes geschieht vorwiegend in den Eidgenössischen Technischen Hochschulen und im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung, wobei gerade internationale Forschungsvorhaben speziell im Bereich des Bundes liegen; in den Kantonen ist die Forschung in Händen der (kantonalen) Universitäten. Was die Aufteilung der Finanzen betrifft, muss jeder Kanton resp. der Bund im Prinzip mit den eigenen Mitteln auskommen.

Herr Kiener kommt auf die spezielle Rolle des NEFF zu sprechen. Es wird z.Zt. diskutiert, ob der NEFF vermehrt die Finanzierung von Pilotprojekten, der Bund dagegen dessen traditionelle Projekte übernehmen soll . Was die Frage Subventionierung/freier Wettbewerb betrifft, ist man jedenfalls gegen Streusubventionen. Bei der gezielten Subventionierung von Pilotprojekten ist die Schaffung von Rechtsgrundlagen das ursächliche und ausschlaggebende Problem.

Frau Steeg zieht von diesen Erläuterungen den Bogen zur internationalen Zusammenarbeit in der IEA. Die IEA muss, in Kenntnis der Grenzen für die Zusammenarbeit im Forschungsbereich, wie sie sich aus den Strukturen in den einzelnen Staaten ergeben, eine Katalysatorfunktion ausüben.



Herr Favre konkretisierte diese Idee anhand der schweizerischen Vorstellungen. In der Forschungszusammenarbeit müssen Schwerpunkte gesetzt werden; die direkte Forschungszusammenarbeit ist dabei die für alle Beteiligten fruchtbarste und sollte Vorrang vor anderen Formen der Zusammenarbeit haben.

Herr W. Flachs erläutert anschliessend das schweizerische Instrumentarium der wirtschaftlichen Landesversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Energiebereichs. Er überreicht Frau Steeg je ein Exemplar in deutscher und französischer Sprache des neuen Bundesgesetzes vom 1. September 1983 über die wirtschaftliche Landesversorgung sowie der einschlägigen Verordnungen. Als wesentliche Neuerung sieht das Gesetz zusätzlich Massnahmen zur Vermeidung oder Behebung von Mangellagen vor, die keine machtpolitische oder gar kriegerische Ursache haben. Voraussetzung ist allerdings, dass es sich um eine schwere Mangellage handelt, welche die Wirtschaft nicht selbst beheben kann. In diesem Sinn ist z.B. der Abbau von Pflichtlagern nur zur Behebung quantitativer Versorgungsstörungen und nicht etwa zum Ausgleich von Preisschwankungen zulässig.

Frau Steeg zeigt sich beeindruckt v. a. über das auf dem Milizprinzip aufgebaute System und die wichtige Rolle, die dem privaten Sektor zufällt. In bezug auf Erdöl erkundigt sie sich nach der Kompetenz für die Anordnung des Pflichtlagerabbaus in Krisenzeiten.

Herr Flachs hebt hervor, dass sich die Schweiz dem Internationalen Energieprogramm (IEP) gegenüber verpflichtet fühlt. Zuständig für die Anordnung von Massnahmen zur Sicherstellung der Landesversorgung ist der Bundesrat. Es ist je nach Art und Ausmass einer Versorgungskrise denkbar, dass der Bundesrat aufgrund der geltenden Gesetzgebung solche Massnahmen vor Erreichen der im IEP festgelegten Schwelle von 7 % anordnen kann.

Botschafter von Tscherner konzentriert sein Votum auf das Verhältnis Schweiz - IEA und auf spezifisch schweizerische Petita an die Agentur.

### Grundsätzliches

1. Die Schweiz steht zur IEA. Wir halten die Agentur für ein nützliches, ja notwendiges Instrument.
2. Ein Beitritt Frankreichs, Finnlands und Islands zur IEA wäre erwünscht.

### Substanz

3. Von zentraler Bedeutung ist für uns das Notstandssystem als eine Art versorgungspolitischer Rückversicherung. Wir legen grössten Wert auf dessen Funktionstüchtigkeit. Die Schweiz ist nicht gegen flexible Vorkrisen-Mechanismen, solange letztere das Notstandssystem nicht verwässern.
4. Die IEA hat sich in der Vergangenheit immer wieder willfährig gegenüber vorübergehenden amerikanischen Lieblingsideen gezeigt. Dies führte zu einer Belastung der Arbeit.  
Beispiele:    - import ceilings  
              - energy security (Erdgas !)  
              - early stock draw

Die Schweiz blieb mit ihrer Skepsis gelegentlich (und vorübergehend) isoliert.

5. Ausserhalb des notwendigerweise interventionistischen Notstandsbereichs sollte die Energiewirtschaft grundsätzlich von den Marktkräften bestimmt werden. Die IEA sollte deshalb ihren Einfluss und ihre Bemühungen, z.B. auf dem Gebiet des Abbaus der Handelsschranken oder der Verringerung der staatlichen Einflüsse auf die Preisbildung, verstärken.

6. Seit längerer Zeit besteht in der IEA eine Tendenz, angebotsorientierte Arbeiten (vgl. Kohle-Beirat) gegenüber nachfrageorientierten Arbeiten (Energiesparmassnahmen) zu bevorzugen. Wir bedauern das.
7. Für die Zukunft legen wir besonderes Gewicht auf den energiepolitischen Erfahrungsaustausch (welche Massnahmen haben sich bewährt, welche nicht ? Cost-benefit-Rechnungen).
8. Wir wünschen eine Verstärkung der Rolle der IEA auf dem Gebiet der energiepolitischen Auswirkungen neuer umweltpolitischer Massnahmen (bleifreies Benzin, Katalysatoren, Kernkraft, Kohle etc.)
9. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung sollte sich die CRD strikte auf eigentliche Energieforschungspolitik beschränken und mehr Gewicht auf die gemeinsam geführten Energieforschungsprogramme legen.
10. Die Schweiz misst dem Konsumenten-Produzenten-Dialog Bedeutung zu und wünscht eine vertiefte Prüfung der verschiedenen Aspekte in der IEA (inkl. mögliche OPEC-Petita).

#### Prozedurales

11. Die IEA sollte ihr eigenes Arbeitsprogramm ernster nehmen :  
Eingehende Prüfung der Programmentwürfe und Prioritäten in den Subsidiär-Organen, Debatte im Verwaltungsrat.
12. Wir wünschen seltene aber substantielle Verwaltungsratssitzungen. Die Dokumente sollten frühzeitig zur Verfügung stehen. Routinegeschäfte können auf der Ebene der ständigen Pariser Vertretungen ("energy advisers") erledigt werden.



13. Die IEA sollte vermeiden, die kleineren Mitgliedländer vor all zu viele "faits accomplis" zu stellen (Entscheide, die nur unter den "Grossen" abgesprochen sind. Beispiele: neue Studien, Wahlen, namentlich Präsidien von Sub-Organen, neue Tätigkeiten etc.)
14. Wir befürworten eine gute Zusammenarbeit mit der NEA sowie mit dem OECD-Umwelt-Komitee. Die Arbeitsbereiche sollten indessen präzise abgegrenzt werden (Doppelspurigkeit vermeiden).
15. Die Publikation von Oelmarkt-Berichten darf nicht Selbstzweck werden und nicht zuviele Kräfte im Sekretariat beanspruchen.
16. Das Potential des OECD-Sekretariates auf dem Gebiet der ökonomischen Analysen und Prognosen sollte von der IEA noch systematischer genutzt werden.

Frau Steeg nimmt zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung :

- ad 5 und 13 : Es ist nicht zu leugnen, dass die grossen Länder oft Lieblingsideen in Gremien wie die IEA oder die OECD hineintragen und die kleinen Länder praktisch zum Mitmachen zwingen. Schreiten die Arbeiten nicht befriedigend und rasch genug voran, besteht die Gefahr, dass die Grossen ihre Ziele ausserhalb der Organisation in einem ad hoc Forum durchzusetzen versuchen. Diese Aufspaltung wäre das grössere Uebel als die Tatsache, dass die kleinen Mitglieder oft ohne Begeisterung zum Kooperieren verurteilt sind. Das Mitmachen der Kleinen hat auch den Vorteil, dass die Ideen "abgeschliffen" werden. Der Zweck der bestehenden Organisation liegt ja darin, dass die westlichen Länder, grosse und kleine, als Gruppe wirtschaftlich zusammenarbeiten und sich gegenseitig informieren.

In bezug auf die Wahlen möchte ich bemerken, dass die Vertreter der kleinen Länder, die bei solchen Absprachen (Nachtessen) anwesend sind, ihre Kollegen aus anderen Ländern nachträglich und vor der Wahl unterrichten sollten.

- ad 6 : Was angebotsorientierte Arbeiten anbelangt, darf nicht vergessen werden, dass viele grosse Länder der Kohlestudie und den Kohletätigkeiten mehr Wichtigkeit zumessen als die Schweiz. Die Kohle muss ihren ökonomischen Platz erst noch finden. In diesem Zusammenhang ist gerade der Dialog zwischen IEA und Wirtschaft, d.h. zwischen Staat und Praxis, von grosser Bedeutung.
- ad 10 : In bezug auf den Dialog mit den Produzentenländern müssen wir uns vorerst auf die Themen einigen. Der Dialog ist noch nicht reif. Gelegentliche Kontakte "durch die Hintertür" sind gegenwärtig einem Dialog vor der Öffentlichkeit vorzuziehen.
- ad 11 : Bestrebungen im Hinblick auf eine verstärkte Mitwirkung der Ständigen Gruppen bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms sind im Gange.
- ad 12 : Die "formal matters" nehmen m.E. im Verwaltungsrat relativ wenig Zeit in Anspruch. Eine Uebertragung an die Ständigen Vertreter oder "energy advisors" würde juristische Probleme stellen.
- ad 15 : Die Oelmarktberichte sind primär für uns nützlich und notwendig. Wir berauschen uns nicht an der Idee, sie an die Öffentlichkeit zu bringen. Aber weshalb sollten wir sie, da sie nun einmal regelmässig erstellt werden, nicht gegen Entgelt der Öffentlichkeit zugänglich machen ?
- ad 8 : Neben dem Notstandssystem besteht die zweite wichtige Aufgabe der IEA in der Koordinierung der nationalen Energiepolitiken. Dazu gehört auch die Hilfestellung der Energiepolitiker bei Umweltschutzfragen. Vereinzelte Mitglieder wie USA und GB müssen jedoch zuerst von der Notwendigkeit eines entsprechenden IEA-inputs überzeugt werden.



Direktor Kiener wirft die Frage auf, ob in der internationalen Zusammenarbeit eine "task force" bestehe oder im Entstehen begriffen sei, die sich mit der Möglichkeit auseinandersetzt, dass eine Energieverknappung in Zukunft nicht nur aus mengen- oder preismässigen Gründen, sondern auch wegen der notwendigen Rücksicht auf unsere Umwelt entstehen könne.

Frau Steeg meint, dass dieses Thema auf der internationalen Ebene noch nicht reif sei. Was die Koordinierung der Behandlung von energierelevanten Umweltschutzbelangen zwischen IEA, OECD, ECE etc. betrifft, stehen wir noch am Anfang. Es gibt zwar Ansätze in verschiedenen Organisationen; das Interesse und die Notwendigkeit für ein gemeinsames Vorgehen sind jedoch noch übertönt durch Interessengegensätze unterschiedlicher Art (Ost-West, Nord-Süd, wirtschaftliche Konkurrenz). Von einer Zusammenarbeit mit der ECE verspricht sie sich wenig (Ostländer !).

Botschafter von Tscharner verweist in diesem Zusammenhang immerhin auf das Zustandekommen der ECE-Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung. Er betont auch, dass der IEA in dieser Frage keine führende Rolle zukommt. Sie muss sich aber darum bemühen, diese Problematik in ihre Arbeit als Energie-Agentur zu integrieren und neue Argumente zu entwickeln.

Direktor Kiener warnt abschliessend davor, den Problembereich Energie/ Umwelt allein den Umweltschutzgremien in den verschiedenen internationalen Organisationen zu überlassen.

Ende der Sitzung: 12.30 Uhr

Bundesamt für Aussenwirtschaft  
Office fédéral des affaires économiques extérieures  
Ufficio federale dell'economia esterna

an	FV	FA	FB	FV		a/a
Datum:	11/11	1	4	1		
Visa	1					
EDA				09.11.84		-9
Ref.	S. 6141.780.19.1					
	S. 6141.780.19.0 ✓					

3003 Bern,  
Bundeshaus Ost

8. November 1984

Ø 031/61

22 81

Ihr Zeichen  
Votre signe  
Vostro segnoUnser Zeichen  
Notre signe  
Nostro segno

757.3.01 - En/wm

BEW/EVED :

- Herrn Direktor E. Kiener  
Herrn Prof. C. Zangger  
Herrn Ch. Favre  
Herrn H.L. Schmid  
Frau S. Forster

BWL/EVD :

Herrn W. Flachs, Delegierter  
Herrn P. Oberson

FWD/EDA :

Herrn Minister J. Faillietaz  
Herrn P. Fivat

BBW/EDI :

Herrn P.-E. Zinsli

CARBURA :


Herrn W. Loepfe

Arbeitssitzung mit Frau Helga Steeg  
vom 19. Oktober 1984

---

Sie finden in der Beilage das Protokoll der Arbeitssitzung  
mit Frau Steeg. Wir danken für Ihre Beiträge.

Mit freundlichen Grüssen  
Dienst für internationale  
Energiefragen

  
(K.B. Eichenberger)
1 Beilage erwähntKopie mit Beilage an

- Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris
- So, vT, Ei, En